

Protokoll DV/MV 1.2013/2014

vom Mittwoch, 11. September 2013, 19.30–21.45 Uhr, Restaurant Seegarten, Münchenstein

Von Gabriele Zückert



LVB-Delegierte: total 102, anwesend 29
LVB-Mitglieder: ca. 60

Vorsitz: Christoph Straumann

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht,
Stimmenzähler

5. Wahl in den Kantonalvorstand
6. Statutenanpassung § 14.3 e)

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV
vom 13. März 2013
3. Jahresrechnung 2012/13,
Revisionsbericht
4. Budget 2013/14

Berufspolitische Geschäfte

7. Übersicht zu den laufenden
Geschäften des LVB
8. Hauptthema: Gruppendiskussionen
zu den verschiedenen Schulreformen
der letzten Jahre und der Gegenwart
9. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Christoph Straumann begrüßt die Anwesenden, speziell die zahlreich erschienenen Ehrenmitglieder und den Delegierten der LCH Geschäftsleitung, Bruno Rupp. Die Medien wurden ausnahmsweise nicht eingeladen, weil diese DV eine interne Veranstaltung sein soll, in der frei diskutiert werden kann, ohne dass aus dem Zusammenhang gerissene Äusserungen allenfalls den Weg in die Zeitung finden könnten. Die Geschäftsleitung des LVB und der Kantonalvorstand wollen aus den Diskussionen neue Erkenntnisse für ihre weitere strategische Ausrichtung gewinnen. Als Stimmenzähler werden Urs Stammbach und Michel Thilges gewählt.

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 13. März 2013

Das von Gabriele Zückert verfasste Protokoll wird einstimmig genehmigt und mit Applaus verdankt.

3. Jahresrechnung 2012/13, Revisionsbericht

Bilanz: Chr. Straumann kommentiert ausgewählte Positionen.

Erfolgsrechnung und Budget stimmen praktisch punktgenau überein. Dank der Einnahmen aus den Profitcentern des LCH, der Sympathiebeiträge der Pensionierten, des geringeren Aufwandes für das Verbandsheft und weil die Lohnkosten dank der konsolidierten Phase in der Geschäftsleitung unter Budget geblieben sind, resultiert ein Gewinn. Eine Rückstellung von 5000 Fr. bei den Lohnkosten ist für eine Weiterbildung eines Geschäftsleitungsmitgliedes vorgesehen.

Vereinskasse: Der ausgewiesene Gewinn beträgt 9538 Fr.

Jubilarenkasse: Sie weist einen Gewinn aus.

Kampfkasse: Wegen des Kampfbeitrages und zurückhaltenden Ausgaben weist sie einen Gewinn aus.

Rechtsschutzkasse: Der Verlust liegt im Rahmen.

Revisionsbericht: Er bescheinigt der Rechnung ihre Richtigkeit.

Die Jahresrechnung 2012/2013 wird einstimmig angenommen, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

4. Budget 2013/14

Wegen der vielen Vorpensionierungen nimmt die Anzahl der Vollzeitlehrpersonen weiter ab. Die Mitgliederbeiträge müssen nicht erhöht werden. Bei den Einnahmen wird das Budget reduziert. Die anderen Einnahmeposten werden im gewohnten Rahmen budgetiert.

Veranstaltungen: Der Pensionenobermann hat für den Leitungsaufwand der Ausflugs-Organisatoren Geld zugesprochen erhalten. Aus diesem Grund ist dieser Posten höher aufgefallen. Der Aufwand für die Verbandszeitschrift dürfte weiter abnehmen, weil viele Pensionierte das Heft nicht mehr in Papierform abonniert behalten.

Kampfkasse: Der schon an der letztjährigen DV beschlossene Sonderbeitrag von 20 Fr. pro Mitglied wird Mehreinnahmen von 37'000 Fr. einbringen. Bei der Rechtsschutz- und Jubilarenkasse sind Erfahrungswerte eingesetzt.

Das Budget 2013/2014 wird einstimmig angenommen, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

5. Wahl in den Kantonalvorstand

Patrick Danhieux, GIB Muttenz und Präsident des BBL, und Philippe Peter,

Sekundarschule Arlesheim, werden in globo einstimmig für ihre Sektionen in den Kantonalvorstand gewählt.

6. Statutenanpassung: § 14.3 e)

Die Statutenänderung zur Namensänderung des Verbandes der Legasthenie-Therapeutinnen und -Therapeuten Basel-Landschaft (LEGA) zu Verband Spezielle Förderung BL (VSF) wird einstimmig angenommen.

Berufspolitische Geschäfte

7. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB

7.1 Abstimmung BLPK-Reform:

Chr. Straumann erläutert anhand einiger Grafiken das neue Pensionskassengesetz. Der Bund hat ein neues Gesetz erlassen, das die Ausfinanzierung aller öffentlichen Pensionskassen verlangt. Mit dem ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag für die BLPK, der den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat vorsieht, liege eine faire und ausgewogene Lösung vor. Es werde Generationsgerechtigkeit hergestellt und mit einer Vollkapitalisierung der Pensionstopf aufgefüllt. Auf diese Weise werde das Sanierungsrisiko minimiert.

Die Arbeitnehmer müssten Zugeständnisse machen: Sie zahlen höhere Pensionskassenbeiträge, arbeiten länger und verzichten auf Leistungen bei der Frühpensionierung. Die Rentner ihrerseits verzichten auf einen Teil des Teuerungsausgleichs. Die Gegner der Reform stellen vor allem die Leistungsseite in Frage. Im Vergleich mit anderen öffentlichen und privaten Kassen stelle aber das Sanierungsziel mit einer Rente von 60% des versicherten Lohnes eine Durchschnittslösung dar.

Bei einem Ja an der Urne wäre eine Umsetzung des Gesetzes bis zum 1. Januar 2015 möglich. Bei einem Nein würde es

langwierige Neuverhandlungen geben und es würde insgesamt sicher teurer werden.

Chr. Straumann weist darauf hin, dass Primar- und Musiklehrpersonen wachsam sein sollen, da es in einigen Gemeinden Bestrebungen gebe, das Personal aus dem Kantonsplan herauszulösen und dann schlechter zu versichern, sogar noch bevor ein neues Gesetz beschlossen ist. Alle Personalverbände wollen solche Vorgänge unter allen Umständen verhindern. Das Recht auf Mitsprache müsse unbedingt eingefordert werden. Eine Unterstützung durch den LVB sei jederzeit möglich.

Chr. Straumann appelliert an die Anwesenden, sich bei ihren Bekannten und Verwandten für ein Ja zur Pensionskassensreform einzusetzen.

7.2 Berufsauftrag und Pflichtstundenerhöhung:

Die Fachlehrpersonen haben wegen der Pflichtstundenerhöhung in den Bereichen C, D und E weniger Zeit zur Verfügung. Lehrpersonen der Sekundarschule Liestal haben dagegen eine Verfassungsbeschwerde eingereicht, konnten aber wegen fehlender Arbeitszeitnachweise den deklarierten Mehraufwand nicht belegen. Die Klage wurde abgewiesen. Nun hat das Kollegium der Sek Liestal auf Basis eines detailliert ausgestalteten Tools des LEBE (Lehrerverband Bern) eine Arbeitszeiterfassung in Angriff genommen, da auf kantonaler Ebene keine Einigung beim Abbau von Aufgaben in den Bereichen C, D und E des Berufsauftrags erreicht werden konnte.

Der LVB empfiehlt allen Lehrpersonen, auf individueller Ebene mit der Schulleitung zu verhandeln. Bei Konflikten sollen sich die Lehrpersonen dokumentiert an den LVB wenden. Mit konkreten, dokumentierten und anonymisierten Fällen kann der LVB an die

Schulleiterkonferenz gelangen. Mit einer Online-Umfrage im Herbst zum Thema «Umsetzung des Berufsauftrags» wird der LVB weitere Erkenntnisse sammeln. Zwei Mitglieder äussern sich dennoch skeptisch bis kritisch, ob der Berufsauftrag das richtige Instrument sein könne.

7.3 Personalrechtliche Konsequenzen der Bildungsharmonisierung:

Der Prozessbeschrieb dafür liegt nun vor. Der LVB konnte nach langwierigen, zähen Verhandlungen erreichen, dass eine paritätische Begleitgruppe eingesetzt wird, die die Recht- und Verhältnismässigkeit der vorgesehenen Entlassungen auf Sek I schon bei der Klassenbildung und Pensenverteilung prüfen wird. Ausserdem ist die Begleitgruppe Anlaufstelle für Lehrpersonen, denen eine Kündigung droht, die diese als nicht rechtens oder nicht verhältnismässig erachten. Der LVB hat ein Rechtsgutachten erarbeitet lassen, welches dieses Vorgehen unterstützt. Für Interessierte wird der LVB im kommenden Jahr Workshops zur Thematik anbieten.

8. Hauptthema: Gruppendiskussionen zu den verschiedenen Schulreformen der letzten Jahre und der Gegenwart; «HarmoS, Integration, Frühfremd, Lehrplan 21: Wo ist der Handlungsbedarf am grössten?»

Mitglieder und Delegierte sollen die Möglichkeit haben, ihre Anliegen zu den verschiedenen Themen zu depnieren. Dies dürfen auch Themen sein, die einer langfristigen Bearbeitung bedürfen. Anhand von Fragen zu den verschiedenen Themen werden Kernanliegen gesucht. Die Geschäftsleitung und der Kantonalvorstand werden dann über den weiteren Weg und die Umsetzung dieser Kernanliegen entscheiden. Dabei ist aber der Rückhalt möglichst vieler Mitglieder wichtig.

Die Anwesenden begeben sich nach einer kurzen Anleitung zur Organisation in die verschiedenen Gruppen und diskutieren angeregt. Nach der Diskussion fassen die Gesprächsleiter und -leiterinnen wie folgt zusammen:

8.1 Frühfremdsprachen:

Wenn es so weitergeht wie bisher, werden die Förderpensen explodieren. Schon heute wird Nachhilfe für Fremdsprachen auf der Primar angeboten. Für einen beträchtlichen Teil der Kinder ist es nicht möglich, die Lernziele erreichen zu können.

Das Kernanliegen: Maximal eine Fremdsprache auf der Primar, die 2. Fremdsprache gehört in die Oberstufe. Dies wäre sogar für die 1. Fremdsprache denkbar.

8.2 HarmoS und identische

Studententafeln auf SekI:

Der handwerkliche Teil der Beschlüsse im Niveau A wird zugunsten von Fremdsprachen zu sehr reduziert. Dies entspricht aber nicht dem Bedürfnis der Abnehmer.

Das Kernanliegen: Niveaumentrennter und niveaugerechter Unterricht ist absolut notwendig und stärkt den Klassenverband.

8.3 Individualisierung im Unterricht:

Die Rollenänderung von Lehrpersonen zu Lerncoaches wird mit grosser Skepsis und Sorge beobachtet.

Das Kernanliegen: Der Kanton präsentiert eine Darstellung, wie die Umsetzung konkret gestaltet werden kann. Dazu gehören auch Lehrmittel und Beurteilungskriterien. Der neue Ansatz muss vor der definitiven Einführung seriös evaluiert werden. Die Verantwortungsträger müssen mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht werden, was für unerwünschte Auswirkungen und Schwierigkeiten diese Art von Unterricht verursachen dürfte.

8.4 LP 21 und Kompetenzen:

Die Komplexität und der Umfang des LP 21 stellen eine mehr als grosse Herausforderung dar, gerade für die Primarstufe müsste das Ganze quasi übersetzt werden, um nur schon in die Nähe einer möglichen Umsetzbarkeit zu gelangen. Unrealistisch scheint es ebenfalls, in Gesprächen mit Eltern, die z.B. der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, über derartige Formulierungen zu sprechen. Es fehlt insgesamt am Vertrauen in den Arbeitgeber, dass er für anstehende Implementierungsarbeiten genügend Ressourcen bereitstellen wird. Kritisiert wird ausserdem, dass an den Baselbieter Schulen bereits fleissig Umsetzungsarbeiten im Gange sind, obwohl sich der LP 21 gerade einmal in der Vernehmlassung befindet. Den Lehrpersonen wird dadurch irreführenderweise der Eindruck vermittelt, dieser Lehrplan-Entwurf sei schon sakrosankt, obwohl gemäss Verfahrensreglement vorgesehen ist, dass jeder Kanton den *definitiven Lehrplan* noch an seine Verhältnisse anpasst.

Das Kernanliegen: Der Kanton wird dazu aufgefordert, sich an das korrekte Verfahren bzgl. des LP-21-Entwurfs zu halten und sich nicht schon vorausseilend in eine Umsetzung zu stürzen, derweil die inhaltliche Auseinandersetzung erst am Anfang steht.

8.5 Integration:

Obwohl in der von der Schweiz bald unterzeichneten UNO-Menschenrechtskonvention festgehalten ist, dass Eltern eine Integration verlangen können, wäre es den Lehrpersonen der SekI am liebsten, wenn die Integration auf ihrer Stufe wieder abgeschafft würde. Die Ressourcen für die Integration sind ungenügend und müssen heraufgefahren werden. Das gilt insbesondere für ISF. Auf der Primarstufe bräuchte es generell in jeder Klasse immer zwei Lehrpersonen, von denen eine heilpädagogisch ausgebildet ist. Das Lehrerteam soll die

Kompetenz erhalten zu entscheiden, welche Ressourcen es braucht (Klassengrösse, welche Kinder in welche Klasse). Wenn die Betreuung nicht stimmt, können etablierte Konzepte der Binnendifferenzierung nicht erhalten bleiben, da eine Einzellehrkraft in einer höchst heterogenen Klasse nur mithilfe starrer Rahmenbedingungen noch geordneten Unterricht sicherstellen kann.

Das Kernanliegen: Wenn die Ressourcen nicht stimmen, darf nicht integriert werden.

9. Diverses

Ein Mitglied fordert, dass die Lehrpersonen wieder vermehrt politisch denken und handeln müssten.

Chr. Straumann fordert die Anwesenden auf, Flyer und Anmeldeketten mitzunehmen. Mund-zu-Mund-Propaganda sei immer noch die beste Möglichkeit, neue Mitglieder anzuwerben.

Die nächste DV findet neu im Coop-Bildungszentrum in Muttenz statt.

Chr. Straumann dankt allen Anwesenden für ihr Erscheinen und schliesst damit die Versammlung.

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.